



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

es ist schon sehr traurig, wenn der Weihnachtsbaum in Dortmund wieder abgebaut, im Vorfeld die Weihnachtsstadt abgesagt wird und Restaurants sowie Kneipen im November wieder dicht gemacht werden. Auch ich habe mit mir gerungen, ob das der richtige Weg ist.

Doch was wäre die Alternative? Die Fallzahlen der Infizierten steigen immens und damit auch die Anzahl der schwer Erkrankten. Es droht eine Überlastung der Krankenhäuser und zu 75 Prozent können Ansteckungswege nicht mehr nachvollzogen werden. Es gilt also, das Infektionsgeschehen kurzfristig zu bremsen und Ansteckungsmöglichkeiten und damit Begegnung zu minimieren. Um Bildungslücken sowie Belastung von Familien zu vermeiden und einen wirtschaftlichen Einbruch weitestgehend zu verhindern, bleiben nur Einschränkungen im Freizeitbereich. Um diese zeitlich so gering wie möglich zu halten, wurden die Maßnahmen auf den Monat November begrenzt. Ziel ist es, die Infektionswelle zu brechen. Mitte November überprüfen wir die Wirkung der Maßnahmen. Die betroffenen Unternehmen werden für die Zeit der angeordneten Schließung entschädigt. Weiteres im Folgenden:

---

## ***Novemberhilfen für Unternehmen***

Für die angeordneten Schließungen in diesem Monat erhalten die betroffenen Unternehmen einen finanziellen Ausgleich. Das betrifft z. B. Restaurants, Bars, Cafés, Vereine, Veranstalter sowie Sport- und Kultureinrichtungen. Der Bund stellt dafür etwa 10 Milliarden Euro zur Verfügung.

Mit dem Geld erstatten wir ihnen anteilig den Umsatz, den sie vor einem Jahr gemacht haben, also im November 2019. Unternehmen erhalten 75 Prozent des Umsatzes bis zu einer Grenze von einer Millionen Euro. Durch To-Go-Geschäfte können Gastronomen die fehlenden 25 Prozent wieder wettmachen. Für höhere Summen als einer Millionen Euro muss die Zustimmung der EU erfolgen. Entsprechend gibt es noch Abstimmungsbedarf.

Weitere Details findet ihr unter [www.bundesfinanzministerium.de/novemberhilfe](http://www.bundesfinanzministerium.de/novemberhilfe). Der Antrag soll in Kürze unter [www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de](http://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de) möglich sein.

## *Neues Bevölkerungsschutzgesetz*

Wir alle hoffen, dass es bald einen Impfstoff gibt, mit dem wir die Corona-Pandemie bekämpfen können. Mit einem dritten Bevölkerungsschutzgesetz regeln wir unter anderem schon einmal, wie Impfungen ablaufen sollen. Denn natürlich kann nicht die ganze Bevölkerung gleichzeitig geimpft und die ganze Logistik muss organisiert werden. Beispielsweise geht es um Impfstationen, die aufgebaut werden müssten, denn diese ermöglichen eine Kühlung des Impfstoffes bis zu -80° Celsius.

Im gleichen Gesetz beschließen wir Verbesserungen für Eltern. Wenn das Kind wegen Corona zu Hause betreut werden muss, wird der entfallene Lohn ersetzt. Nicht mehr ersetzt werden soll der Lohn jedoch für Personen, die einen vermeidbaren Aufenthalt im Ausland hatten und dann in Quarantäne müssen. Hierüber gibt es noch Diskussionsbedarf, denn andere, die sich der Gefahr auf Familienfeiern aussetzen, bekommen Lohnfortzahlung.

Des Weiteren verbessern wir die Testkapazitäten, vereinfachen die Nutzung von Schnelltests und wollen z. B. auch tierärztliche Labore für die Auswertung von Tests nutzen. Das heißt nicht, dass wir demnächst beim Tierarzt im Wartezimmer sitzen, sondern nur, dass der Test dort ausgewertet wird!

---

## *Ausbau Erneuerbarer Energien voranbringen*

Mit mittlerweile über 55 Prozent Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung steht Deutschland ganz gut da. Strom kommt nicht mehr überwiegend aus grauen Kraftwerken, sondern von unseren Dächern, von den Feldern, aus der Erde und vom Meer.

Um unsere ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren aber noch kräftig zulegen. Das machen wir mit einer Reform des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“. Das klingt erst einmal sperrig, das Gesetz ist aber der entscheidende Baustein für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Vereinfacht gesagt regelt es die Förderung des regenerativen Stroms, um so Anreize für den Ausbau für den Bau von Windrädern oder Solaranlagen zu schaffen. Mit der Reform beteiligen wir nun z. B. Kommunen am Gewinn, der durch den Betrieb von Windrädern gemacht wird. So wird es attraktiver, Flächen zu Verfügung zu stellen.

Im Gesetz sind auch genaue und verbindliche Ziele festgelegt, wie viel Strom in den einzelnen Bereichen in den nächsten Jahren erzeugt werden muss. Bei der Windenergie auf dem Meer haben wir einen richtig starken Erfolg errungen und die Werte deutlich erhöht. Bei der Solarenergie oder beim Wind am Land gehen uns die Ziele aber noch nicht weit genug. Denn in den nächsten Jahren werden wir eher mehr als weniger Strom verbrauchen, z. B. durch die Umstellung von Benzin auf Elektrizität bei Autos. Wir bleiben also dran und wollen das Gesetz noch verbessern!

---

## *Investitionen beschleunigen*

Der Bund stellt den Kommunen und Ländern jedes Jahr viele Milliarden Euro zur Verfügung, um in unsere Zukunft zu investieren – das heißt in moderne Schulen, Sportstätten und zuverlässige Infrastruktur. Bevor diese Gelder eingesetzt werden können, folgen oft aber noch langatmige Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Das wollen wir nun vor allem für den Bereich Infrastruktur ändern: Mit einem neuen Gesetz vereinfachen wir Genehmigungsverfahren. Digitalisierung im Bereich Schiene muss z. B. gar nicht mehr genehmigt werden. Zudem beschleunigen wir mögliche Auseinandersetzungen vor Gericht. Klagen gegen Infrastrukturprojekte werden aber natürlich weiterhin möglich sein – das ist in einem Rechtsstaat auch ganz wichtig. Das Ziel ist aber, dass künftig alles etwas schneller geht!

---

## *20.000 neue Stellen in der Pflege*

In Zeiten, wo die Menschen immer älter werden, ist eine hochwertige Pflegeversorgung eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Daher ist es eine gute Nachricht, dass die Pflegeversicherung 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege schafft. Das zusätzliche Personal wird die Pflegefachkräfte in den Heimen entlasten, denn sie unterstützen diese bei der Arbeit.

Darüber hinaus muss der Pflegeberuf attraktiver werden – das heißt vor allem: Wir brauchen eine bessere Bezahlung. Ein wichtiger Schritt ist daher die Einigung von verdi und dem neu gegründeten Arbeitgeberverband Pflege auf einen Tarifvertrag, der ab 1. Juli 2021 gelten soll. Es ist geplant, dass unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil diesen Vertrag für allgemeinverbindlich erklärt. Dann würde er für alle Beschäftigten in der Pflege gelten – das wäre ein Meilenstein!

---

## *\*\*\*Kurzmeldungen\*\*\**

- Digitalisierung I: Künftig soll jeder online mit einem Klick den aktuellen Rentenanspruch aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge einsehen können. Ein entsprechendes Gesetz haben wir in erster Lesung beraten.
  - Digitalisierung II: Elterngeld und Kindergeld können demnächst gemeinsam digital beantragt werden. Zudem wird das Verfahren vereinfacht und weniger Nachweise sind nötig. Weniger Bürokratie, mehr Zeit für die Kinder!
  - Digitalisierung III: Der Personalausweis wird digitaler. Durch ein modernes Verfahren werden Passbilder so auf dem Ausweis aufgedruckt, dass die Manipulation schwieriger ist. Zudem wird der Fingerabdruck verpflichtend auf dem Pass gespeichert.
- 

In der nächsten Woche bin ich in Dortmund und hatte einige Termine vor Ort geplant. Aber natürlich halte auch ich Abstand, habe Termine deshalb verschoben oder versuche sie digital bzw. telefonisch zu erledigen. Langweile wird trotzdem nicht aufkommen, denn viele Unternehmen brauchen Auskünfte, welche Hilfen für sie und ihre Mitarbeiter im November und darüber hinaus in Frage kommen. Dafür stehe ich ihnen gerne zur Verfügung, denn wir wollen natürlich, dass sie diese schwierige Zeit durchstehen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und Kaufkraft.

Passt auf euch auf und bleibt gesund!

Eure

*Sabine*